

edition suhrkamp 2540

Postdemokratie

Bearbeitet von
Nikolaus Gramm, Colin Crouch

Deutsche Erstausgabe 2008. Taschenbuch. 159 S. Paperback

ISBN 978 3 518 12540 3

Format (B x L): 11 x 17,8 cm

Gewicht: 100 g

[Weitere Fachgebiete > Philosophie, Wissenschaftstheorie, Informationswissenschaft > Wissenschaftstheorie > Sozialphilosophie, Politische Philosophie](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Postdemokratie

Colin Crouch

edition suhrkamp

SV

»Postdemokratie«: Dieser Begriff des Politikwissenschaftlers Colin Crouch wurde nach dem Erscheinen der Originalausgabe seines Buches zum Kristallisationspunkt der Debatte um Politikverdrossenheit, Sozialabbau und Privatisierung. Crouch hat dabei ein politisches System im Auge, dessen demokratische Institutionen zwar weiterhin formal existieren, das von Bürgern und Politikern aber nicht länger mit Leben gefüllt wird. Der polemische Essay, der in Italien und Großbritannien bereits als Klassiker der Gegenwartsdiagnose gilt, liegt nun endlich auch in deutscher Übersetzung vor.

Colin Crouch lehrt Governance and Public Management an der University of Warwick.

Colin Crouch

Postdemokratie

Aus dem Englischen von
Nikolaus Gramm

Suhrkamp

© 2003, Gius, Laterza & Figli
Die deutsche Übersetzung von *Postdemocrazia*
erscheint mit freundlicher Genehmigung von
Gius. Laterza & Figli SpA, Roma-Bari.

edition suhrkamp 2540

Erste Auflage 2008

© der deutschen Übersetzung

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2008

Deutsche Erstausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: TypoForum GmbH, Seelbach

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12540-3

I 2 3 4 5 6 – 13 12 11 10 09 08

Inhalt

1. Was heißt »Postdemokratie«? 7
2. Das globale Unternehmen 45
3. Soziale Klassen im postdemokratischen Zeitalter 71
4. Zur Lage der Parteien 91
5. Postdemokratie und die Kommerzialisierung
öffentlicher Leistungen 101
6. Und jetzt? 133

Literaturverzeichnis 158

1. Was heißt »Postdemokratie«?

Die Demokratie befindet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer höchst paradoxen Situation. So könnte man sagen, sie sei – weltgeschichtlich betrachtet – an einem Höhepunkt angelangt. In den letzten 25 Jahren übernahmen Spanien und Portugal, dann – im Zuge einer äußerst dramatischen Transformation – große Teile des früheren Sowjetimperiums, Südafrika, Südkorea sowie eine Reihe weiterer Staaten im Fernen Osten, schließlich einige Länder Lateinamerikas zumindest ihr entscheidendes formales Merkmal: (halbwegs) freie und faire Wahlen. Mehr Nationalstaaten als jemals zuvor praktizieren heute demokratische Verfahren. Nach den Ergebnissen einer Studie Philippe Schmitter's zur globalen Demokratie ist die Anzahl der Länder, in denen einigermaßen freie Wahlen abgehalten werden, von 147 im Jahr 1988 (am Vorabend des Zusammenbruchs des Ostblocks) auf 164 im Jahr 1995 und auf 191 im Jahr 1999 gestiegen (Schmitter, private Mitteilung, Oktober 2002; vgl. auch Schmitter/Brouwer 1999). Legt man eine etwas strengere Definition umfassender und freier Wahlen zugrunde, sind die Ergebnisse etwas weniger eindeutig: Einem realen Rückgang von 65 auf 43 in den Jahren 1988 bis 1995 steht ein Anstieg auf 88 im Jahr 1999 gegenüber.

Wenn man heute allerdings auf die gewachsenen Demokratien Westeuropas, Japans, der Vereinigten Staaten und anderer Teile der industrialisierten Welt differenziertere Indikatoren für die Gesundheit des politischen Systems anwendet, will kein großer Optimismus mehr aufkommen. Ein Blick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 genügt, schließlich liegen inzwischen beinahe unwiderlegbare Beweise dafür vor, daß die Ergebnisse in Florida schwerwiegend manipuliert wurden; und das Resultat in diesem Staat war entscheidend für den Sieg von George W. Bush, dessen Bruder John Ellis – oder

kurz: Jeb – in diesem Bundesstaat das Gouverneursamt innehat. Abgesehen von einigen Afroamerikanern, die gegen diese Vorgänge demonstrierten, hielt sich die Entrüstung über die Verfälschung des demokratischen Verfahrens allerdings in Grenzen. Offensichtlich kam es den meisten Menschen vor allem darauf an, überhaupt zu irgendeinem Ergebnis zu kommen, um das Vertrauen der Aktienmärkte wiederherzustellen; dies war wichtiger, als zu ermitteln, wie die Mehrheit der Amerikaner denn nun entschieden hatte.

Man kann diese Anekdote mit den Ergebnissen systematischer Studien untermauern: In einem Bericht aus dem Jahr 2000 kommt die Trilaterale Kommission – ein elitärer Zirkel hochrangiger Persönlichkeiten aus Westeuropa, Japan und den USA – zu dem Ergebnis, daß es mit der Demokratie in diesen Ländern nicht gerade zum Besten steht (Pharr/Putnam 2000). Die Autoren beschrieben das Problem in erster Linie als einen Verfall der Handlungsfähigkeit der Politiker, da ihre Legitimation zunehmend in Zweifel gezogen werde. Aus dieser eher auf die politischen Eliten bezogenen Perspektive erkannten die Verfasser der Studie nicht, daß es auch für die Öffentlichkeit ein Problem darstellen könnte, Politiker zu haben, denen man nicht mehr wirklich vertraut; doch davon einmal abgesehen, sind die Schlußfolgerungen allemal beunruhigend. Natürlich kann man, und Pharr, Putnam und Dalton (2000) hoben das auch hervor, die wachsende öffentliche Unzufriedenheit gegenüber der Politik und den Politikern als einen Beweis für die Gesundheit der Demokratie deuten: Politisch reife und anspruchsvolle Bürger erwarten von ihren Führern mehr als die devoteren Untertanen früherer Generationen. Ich werde auf diesen wichtigen Einwand zurückkommen.

Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen –

und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt. Dieses Ideal basiert auf anspruchsvollen Vorannahmen: Es setzt voraus, daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.

Vielleicht wird dieses idealtypische Modell niemals vollständig verwirklicht werden, doch wie alle utopischen Ideale gibt es uns zumindest einen wichtigen Maßstab an die Hand. Auch in unserem Kontext ist es äußerst wichtig und hilfreich, die Frage zu stellen, wie unser Handeln sich zu einem bestimmten Ideal verhält, denn nur dadurch haben wir die Möglichkeit, in Zukunft *besser* zu handeln. Es ist ganz entscheidend, daß wir so auch an das Thema Demokratie herangehen; diese Methode ist der wesentlich verbreiteteren, bei der die Kriterien des Ideals so weit heruntergeschraubt werden, bis wir sie ohne größere Anstrengungen erreichen können, eindeutig überlegen. Geht man den anderen, einfacheren Weg, drohen Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit, und wir laufen Gefahr, blind zu werden für die Probleme, die unsere Demokratien heute bedrohen.

Man fühlt sich hier an die Beiträge US-amerikanischer Politikwissenschaftler aus den fünfziger und frühen sechziger Jahren erinnert, die lieber ihre Definition der Demokratie an die politische Realität der USA und Großbritanniens anpaßten, als einzusehen, daß mit den politischen Ordnungen dieser Länder irgend etwas nicht in Ordnung sein könnte (vgl. etwa Almond/Verba 1963). Dieses Vorgehen entsprach eher der Ideologie des kalten Kriegs als den methodischen Standards wissenschaftlicher Analysen. Allerdings gehen in der Gegenwart viele Autoren ganz ähnlich vor. Demokratie wird – wiederum unter dem Einfluß der USA – zunehmend als *liberale* Demokratie definiert: eine historisch kontingente Form, kein normativ wün-

schenswerter Zustand (vgl. dazu die kritischen Darstellungen bei Dahl 1989 und Schmitter 2002). Bei diesem Konzept der Demokratie stehen folgende Aspekte im Vordergrund: die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation der Massen, große Spielräume für Lobbyisten – wobei darunter vor allem die Lobbys der Wirtschaft verstanden werden – und eine Form der Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet. Für die wirkliche, umfassende Beteiligung der Bürger und die Rolle von Organisationen außerhalb des Wirtschaftssektors interessieren sich die Befürworter dieses Modells allenfalls am Rande.

Die relativ niedrigen Anforderungen, die im Rahmen des liberalen Demokratieverständnisses an das Funktionieren des politischen Systems gestellt werden, führen zu einer Zufriedenheit, die uns blind machen kann für ein neuartiges Phänomen, das ich als »Postdemokratie« bezeichnen möchte. Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. Genau wie das maximalistische Ideal ist auch dieses Modell eine Übertreibung. Man kann in der gegenwärtigen politischen Landschaft allerdings so viele seiner Elemente ausmachen, daß es sich lohnt zu untersuchen, wo wir heute auf dem Kontinuum zwischen den Polen stehen und in welche Richtung sich die

Politik entwickelt. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns dem postdemokratischen Pol immer mehr annähern.

Falls diese Beobachtung zutrifft, werden jene Faktoren, die ich im folgenden als Ursachen dieser Veränderung diskutieren werde, uns möglicherweise auch dabei helfen, etwas zu erklären, das für Sozialdemokraten und alle anderen Menschen, die an das Ideal der politischen Gleichheit glauben, von großem Interesse ist; für sie ist dieses Buch in erster Linie gedacht. In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen.

Mir ist aber ein weiterer Punkt wichtig: Wenn sich die Politik tatsächlich in Richtung der Postdemokratie bewegt, dann könnte die Linke Zeuge einer grundlegenden Veränderung werden, im Zuge derer viele Errungenschaften des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht werden könnten. In diesem Jahrhundert haben Linke auf der ganzen Welt – zum Teil friedlich und Schritt für Schritt, zum Teil aber auch im Angesicht von Gewalt und Repression – dafür gekämpft, den normalen Menschen auf der politischen Bühne Gehör zu verschaffen. Werden diese Stimmen nun wieder aus der öffentlichen Arena verdrängt, da die ökonomischen Eliten ihre Einflußmöglichkeiten weiterhin nutzen, während diejenigen des *demos* geschwächt werden? Das hieße nicht, daß wir wieder dort stünden, wo wir am Anfang des 20. Jahrhunderts angefangen haben; auch wenn wir uns in diese Richtung bewegen mögen, befinden wir uns schließlich an einem ganz anderen Punkt der historischen Entwicklung und wir tragen die Erbschaft der jüngsten Vergangenheit mit uns herum. Ein geeignetes Bild für die Geschichte der Demokratie scheint mir vielmehr die geometrische Form der Parabel zu sein: Skizziert man eine Parabel in einem Koordinatensystem, in dem die x-Achse den Zeitverlauf darstellt, so wird

der Stift diese Achse zweimal berühren: einmal auf dem Weg hin zum Scheitel, ein zweites Mal auf dem Weg vom Scheitelpunkt weg. Dieses Bild ist für vieles, was ich über die komplexen Charakteristika der Postdemokratie zu sagen habe, relevant.

Ich habe bereits an anderen Stellen über die »Parabel des politischen Einflusses der Arbeiterklasse« geschrieben und mich dort zumeist auf die Erfahrungen der englischen Arbeiterbewegung konzentriert (Crouch 1999b). Ich hatte dabei die Karriere dieser Klasse im 20. Jahrhundert vor Augen: die Karriere einer zunächst schwachen, ausgegrenzten Bewegung, der sich jedoch immer mehr Menschen anschlossen, die immer stärker wurde, bis sie endlich laut und deutlich an die Türen der politischen Arena pochte; dann die kurze Zeit im Zentrum der Macht, das Zeitalter des Wohlfahrtsstaates, der keynesianistischen Nachfragepolitik und der institutionalisierten industriellen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern; und schließlich ihr Niedergang, der zunehmende Zerfall ihrer Organisationen und ihre Marginalisierung in einer Zeit, in der sie zusammen mit den Errungenschaften der Jahrhundertmitte über Bord geworfen wird. Am deutlichsten kann man diese parabelförmige Entwicklung in Großbritannien verfolgen, außerdem vielleicht auch in Australien: In beiden Ländern nahm der politische Einfluß der Arbeiterklasse stetig und in fast allen Bereichen des politischen Lebens zu; danach erlebte sie einen besonders steilen Absturz. In anderen Ländern – vor allem den skandinavischen –, die ebenfalls einen stetigen, breit verankerten Aufstieg erlebt hatten, war der Niedergang sanfter. Die Errungenschaften der nordamerikanischen Arbeiter fallen im Vergleich zwar viel bescheidener aus, der Abstieg ist nun allerdings noch viel dramatischer. Mit einigen Ausnahmen (z.B. in den Niederlanden und der Schweiz) war die erste Phase der historischen Entwicklung in den meisten Ländern Westeuropas und in Japan wechselhafter und stärker von gewalttätigen Epi-

soden gekennzeichnet. Die Länder Mittel- und Osteuropas haben eine ganz andere Geschichte durchlaufen, die geprägt ist von der verzerrten und korrumpierten Form, die den Organisationen der Arbeiterbewegung dort nach dem Sieg des Kommunismus aufgenötigt wurde.

Der Niedergang der traditionellen Klasse der (Industrie-)Arbeiter ist jedoch nur ein Aspekt (wenngleich ein sehr wichtiger) der parabelförmigen Lebenskurve der Demokratie. Die beiden Phänomene, die Krise des egalitären, an politischer und ökonomischer Gleichheit ausgerichteten Projekts und der Substanzverlust der Demokratie, sind nicht notwendigerweise ein und dasselbe. Aus der Perspektive der Egalitaristen könnte man behaupten, daß es nicht darauf ankommt, ob eine Regierung die demokratischen Verfahren manipuliert, solange sie den Reichtum und die Macht in der Gesellschaft gleichmäßiger verteilt. Konservative Demokraten werden darauf hinweisen, daß ein höheres Niveau in öffentlichen Diskussionen nicht unbedingt zu einer gerechteren Politik führen muß. Doch an einer Reihe ganz entscheidender Punkte berühren sich diese Probleme, und es sind gerade diese Punkte, auf die ich mich in diesem Buch konzentrieren möchte. Dabei kommt es mir vor allem auf eine These an: Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluß privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert. Eine Implikation dieser These ist es, daß es zu kurz greift, wenn man die Krise der Demokratie allein auf die Massenmedien und die wachsende Bedeutung von PR-Profis und *spin doctors* zurückführt. Damit vernachlässigt man einige tiefer greifende Prozesse, die sich in der Gegenwart vollziehen.

Meinem idealtypischen Modell der Demokratie am nächsten kommen Gesellschaften vermutlich in den ersten Jahren nach ihrer Einführung oder nach tiefen politischen Krisen, Zeiten, in denen der Enthusiasmus für dieses politische System weitverbreitet ist; in denen sich gewöhnliche Menschen in vielen Gruppen und Organisationen an der Gestaltung einer politischen Agenda beteiligen, die wirklich ihren Interessen entspricht; in Phasen, in denen jene mächtigen Interessengruppen, die in undemokratischen Gesellschaften das Geschehen bestimmen, auf dem falschen Fuß erwischt und in die Defensive gedrängt werden; und in Zeiten, in denen sich das politische System noch nicht richtig auf die neuen Forderungen eingestellt hat und nicht weiß, wie man diese manipulieren kann. Populäre politische Bewegungen und Parteien können durchaus von charismatischen, durchsetzungsfähigen Persönlichkeiten dominiert werden, deren Stil selbst wiederum alles andere als demokratisch ist. Doch diese sind zumindest dem vitalen, aktiven Druck einer Massenbewegung ausgesetzt, die selbst wiederum für einen Teil der Hoffnungen der Menschen steht.

In Nordamerika und in den meisten Staaten Westeuropas erlebten wir diesen Augenblick der Demokratie ungefähr in der Mitte des 20. Jahrhunderts; kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Nordamerika und Skandinavien; kurz danach in einer Reihe weiterer Länder. Damals waren nicht nur zwei große, antidemokratische Bewegungen – der Faschismus und der Nationalsozialismus – besiegt, politische Prozesse waren überdies eingebettet in eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, die die Verwirklichung vieler demokratischer Ziele ermöglichte. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus ging man davon aus, daß die Ökonomie nur gedeihen könne, wenn es auch der Masse der abhängig Beschäftigten einigermaßen gut ginge. Diese Überzeugung stand nicht nur hinter den wirt-

schaftspolitischen Maßnahmen, die man mit John Maynard Keynes verbindet, sondern auch in der Logik des Zyklus von Massenproduktion und -konsum, die in den sogenannten »fordistischen« Produktionsmethoden zum Ausdruck kam. In denjenigen Industriegesellschaften, die nicht kommunistisch wurden, gelang es, einen sozialen Kompromiß zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und denen der arbeitenden Bevölkerung herzustellen. Im Austausch für den Fortbestand des Kapitalismus und das Abflauen des Protestes gegen die Ungleichheiten, die dieses System hervorbrachte, nahmen die ökonomischen Eliten Beschränkungen ihrer Macht in Kauf. Im Rahmen des Nationalstaats war die politische Steuerungskapazität überdies derart gebündelt, daß die Regierungen in der Lage waren, diese Beschränkungen auch zu verteidigen, da die Unternehmen weitgehend nationalen Autoritäten unterstanden.

Dieses Entwicklungsmuster läßt sich in seiner idealtypischen Form in Skandinavien, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich erkennen. Andernorts gab es wesentliche Abweichungen. Obwohl die US-Regierung in den dreißiger Jahren – zeitgleich zu Ländern wie Schweden oder Norwegen – wichtige wohlfahrtsstaatliche Reformen begonnen hatte, führte die Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung bereits in den fünfziger Jahren zu einer allmählichen Erosion dieser Errungenschaften und der institutionalisierten Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, obwohl das Land im großen und ganzen bis in die achtziger Jahre hinein der keynesianischen Wirtschaftspolitik treu blieb; im Zyklus von Massenproduktion und -konsum reproduzierte die US-Ökonomie dabei permanent die Grundlagen der Demokratie. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen schlug man erst in den späten sechziger Jahren den Weg der keynesianischen Nachfragesteuerung ein, das Land verfügte jedoch über sehr stabile Institutionen im Bereich der industriellen Beziehungen und schließlich auch über einen star-

ken Wohlfahrtsstaat. In Frankreich und Italien folgte die historische Entwicklung einem weniger klaren Muster. Dort kam es zu einer diffusen Kombination: Auf der einen Seite machte man Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse, um die Attraktivität des Kommunismus zu reduzieren; gleichzeitig wurde jede direkte Vertretung der Interessen der Arbeiter abgelehnt, nicht zuletzt, da diese vorwiegend von kommunistischen Parteien und Gewerkschaften repräsentiert wurden. Spanien und Portugal traten erst in den siebziger Jahren in das demokratische Zeitalter ein – just in dem Moment also, in dem die Rahmenbedingungen, die das Modell der Nachkriegszeit möglich gemacht hatten, sich grundlegend veränderten; in Griechenland wurde die demokratische Entwicklung schließlich durch den Bürgerkrieg und eine jahrelange Militärdiktatur unterbrochen.

Das hohe Niveau der politischen Beteiligung in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren verdankt sich zum Teil auch der Tatsache, daß nach dem Krieg der Wiederaufbau die wichtigste Aufgabe darstellte. In einigen Ländern ging dieses politische Engagement auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück, als gesellschaftliche Angelegenheiten verstärkt von der öffentlichen Hand gesteuert wurden. Vor diesem Hintergrund mußte man bereits damals davon ausgehen, daß sich dieses Niveau der demokratischen Aktivität nicht über viele Jahre hinweg aufrechterhalten lassen würde. Die Eliten lernten recht bald, wie man die Menschen auch unter den veränderten Bedingungen steuern und manipulieren konnte. Die Bürger wiederum verloren ihre Illusionen, sie waren zunehmend gelangweilt oder immer stärker mit den Problemen des Alltags beschäftigt. Nach den großen Erfolgen der politischen Reformen am Anfang dieser Phase waren die Probleme nun wesentlich komplexer, es wurde immer schwieriger, informierte Positionen einzunehmen, intelligente Kommentare abzugeben oder überhaupt zu wissen, auf welcher »Seite« man eigentlich stand.

Die Mitarbeit in politischen Organisationen ging so gut wie überall zurück, zuletzt war die politische Apathie so groß, daß viele Menschen nicht einmal mehr zur Wahl gingen. Unabhängig von dieser Veränderung blieben die grundlegenden demokratischen Imperative einer Ökonomie, die von dem – durch öffentliche Ausgaben aufrechterhaltenen – Zyklus von Massenproduktion und -konsum abhängig war, bis in die siebziger Jahre hinein die wichtigste politische Triebfeder des demokratischen Augenblicks.

Die Ölkrise stellte dann jedoch in den Siebziger die Anpassungsfähigkeit des keynesianistischen Systems, insbesondere seine Möglichkeiten, der Inflation Herr zu werden, solange auf die Probe, bis es schließlich zerbrach. Mit dem Aufstieg der Dienstleistungsökonomie nahm die Bedeutung der Industriearbeiter für die Aufrechterhaltung des Zyklus von Produktion und Konsumption deutlich ab. In Westdeutschland, Österreich, Japan und – bis zu einem gewissen Grad – auch in Italien wurden die Konsequenzen dieser Entwicklung erst mit beträchtlicher Verzögerung spürbar; dort florierte weiterhin das herstellende Gewerbe, das für eine wachsende Zahl von Menschen länger als anderswo ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten bot. In Spanien, Portugal und Griechenland lagen die Dinge noch einmal anders. Dort eroberten die Organisationen der Arbeiterbewegung erst in diesen Jahren die politischen Teilhaberrechte, die ihre Kollegen im Norden bereits seit Jahrzehnten genossen. Damit begann die kurze Phase, in der man den Eindruck haben konnte, die Sozialdemokraten seien in die Sommerferien gefahren: Während ihre traditionellen Hochburgen in Skandinavien nun nach rechts tendierten, übernahmen linke Parteien in den Regierungen mehrerer Mittelmeerländer wichtige politische Funktionen. Doch dieses Zwischenspiel währte nicht lange. Obwohl die Regierungen in Südeuropa tatsächlich beträchtliche Leistungen beim Ausbau der minimalen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ihrer Län-

der vorweisen konnten (Maravall 1997), schlug die Sozialdemokratie dort niemals tiefe Wurzeln. Die Arbeiterklasse gelangte dort nicht in eine derartig starke Position wie in anderen Ländern während der Blüte des Industriezeitalters.

Schlimmer noch: In Italien, Griechenland und Spanien verstrickten sich diese Regierungen in Korruptionsskandale. Gegen Ende der neunziger Jahre war dann offensichtlich, daß die Korruption keineswegs ausschließlich ein Problem linker Parteien oder der Länder des Südens darstellte, sondern ein weitverbreitetes Merkmal des politischen Lebens (Della Porta 2000; Della Porta/Mény 1995; Della Porta/Vannucci 1999). Tatsächlich ist Korruption ein sehr guter Indikator für die Schwäche demokratischer Systeme. Sie zeigt, daß die politische Klasse zynisch und amoralisch geworden, nicht länger kritischer Überprüfung ausgesetzt und von der breiteren Öffentlichkeit abgeschnitten ist. Die traurige Lektion, die man zuerst aus den südeuropäischen Ländern, später jedoch auch aus den Beispielen Belgiens, Frankreichs, gelegentlich auch der Bundesrepublik und Großbritanniens ableiten konnte, bestand darin, daß die Parteien der Linken gegenüber diesem Phänomen, das ihren Bewegungen und Parteien ein Greuel sein sollte, keineswegs immun waren.

Gegen Ende der achtziger Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Dynamik unter dem Einfluß der globalen Deregulierung der Finanzmärkte vom Massenkonsum auf die Aktienmärkte. Der *shareholder value* wurde – zuerst in den USA und in Großbritannien, dank eifriger Nachahmer allerdings bald auch in anderen Ländern – zum wichtigsten Indikator des ökonomischen Erfolgs (Dore 2003); die Diskussionen über eine *stakeholder*-Ökonomie, in der auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigt werden sollten, verstummten rasch. Nachdem der Anteil der arbeitenden Bevölkerung am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft über Jahrzehnte hinweg praktisch überall gestiegen

war, ging er nun im Vergleich zu dem des Kapitals wieder zurück. Man hatte die demokratische Ökonomie nun zusammen mit dem demokratischen Gemeinwesen gezähmt. Die USA galten weiterhin als das globale Beispiel in Sachen Demokratie, und zu Beginn der neunziger Jahre wurden sie wieder, wie schon während der Nachkriegsjahre, zum unbestrittenen Modell für alle, die mit Dynamik und Modernität in Verbindung gebracht werden wollten. Doch während das politisch-ökonomische System der USA bis dahin für viele Beobachter aus Japan und Europa einen kreativen Kompromiß zwischen einem vitalen Kapitalismus und wohlhabenden Eliten sowie egalitaristischen Werten, starken Gewerkschaften und den wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen des New Deal darstellte, repräsentierten die Vereinigten Staaten nun ein vollkommen anderes Gesellschaftsmodell. Da viele europäische Konservative zuvor überzeugt waren, es gebe keinen Spielraum für einen Interessenausgleich zwischen ihnen und den Massen, der für beide Seiten gewinnbringend sei, hatten viele von ihnen zwischen den Weltkriegen die repressive Politik und den Terror der Faschisten bzw. Nationalsozialisten unterstützt. Als diese Antwort auf die Herausforderung durch die Massen jedoch im Weltkrieg schändlich scheiterte, griffen viele von ihnen den amerikanischen Kompromiß auf, der auf der Ökonomie der Massenproduktion basierte. Gerade dadurch – und angesichts ihrer militärischen Erfolge während des Krieges – konnten die USA nun legitimerweise für sich in Anspruch nehmen, der weltweit führende Vorkämpfer der Demokratie zu sein.

Unter der Regierung Ronald Reagans veränderte sich das Land dann allerdings von Grund auf: Die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen wurden beinahe restlos abgewickelt, die Gewerkschaften marginalisiert, und die Spaltung zwischen Arm und Reich erreichte allmählich ein Niveau, das man bisher nur aus Ländern der dritten Welt gekannt hatte. Die Verbindung von Modernisierung und der Verringerung der sozialen Ungleich-

heit, die zuvor als historische Notwendigkeit gegolten hatte, zerbrach. Das amerikanische Beispiel kam den Eliten in aller Welt, auch in den Ländern, die soeben den Kommunismus hinter sich gelassen hatten, gerade recht. Genau in dieser Zeit begannen amerikanische Autoren ein Konzept der Demokratie zu vertreten, das gekennzeichnet war durch die begrenzte Macht der Regierung inmitten einer unbeschränkten kapitalistischen Ökonomie. Die wirklich demokratische Komponente reduzierten sie dabei auf das Abhalten von Wahlen.

Eine Krise der Demokratie? Welche Krise?

Angesichts der Schwierigkeiten, die politische Realität dauerhaft dem oben skizzierten Ideal anzunähern, müssen wir uns damit abfinden, daß die wahrhaft demokratischen Phasen begrenzt sind. Allerdings kann die Demokratie auf zwei Wegen wiederbelebt werden: Durch Krisen und Veränderungen, die ein erneutes politisches Engagement hervorrufen; oder aber (was in demokratischen Systemen mit universellem Wahlrecht wahrscheinlicher ist) durch die Entstehung neuer kollektiver Identitäten, die die Form der Partizipation an Debatten und Entscheidungen verändern. Wie wir sehen werden, gibt es solche Gelegenheiten immer wieder, und sie sind sehr wichtig. Über lange Zeiträume hinweg müssen wir uns jedoch auf die Entropie der Demokratie gefaßt machen. Es wird daher wichtig sein, die Kräfte zu verstehen, die hier am Werk sind, und unsere Betrachtungsweise politischer Partizipation dem anzupassen. All jene, die an egalitären politischen Zielen interessiert sind, können den Anbruch der Postdemokratie nicht rückgängig machen, aber wir müssen lernen, damit zurechtzukommen: indem wir sie abschwächen, hier und da etwas verbessern und sie manchmal auch grundsätzlich in Frage stellen, anstatt sie einfach zu akzeptieren.

Im folgenden werde ich einige der tiefer gehenden Ursachen des Phänomens diskutieren und die Frage erörtern, wie wir damit umgehen können. Zunächst möchte ich mich jedoch detailliert mit den Argumenten auseinandersetzen, die skeptische Leser gegen meine Ausgangsthese vorbringen könnten, nach der mit der Demokratie heute nicht alles zum Besten bestellt ist.

Es gibt durchaus Beobachtungen, die dafür sprechen, daß die Demokratie als politisches System heute einen ihrer historischen Höhepunkte erlebt. Zum einen, darauf habe ich bereits hingewiesen, gab es noch nie so viele gewählte Regierungen wie heute. Man kann aber auch – näher bei uns, für die sogenannten »entwickelten Ländern« – die Behauptung aufstellen, daß die Politiker von der Öffentlichkeit und den Massenmedien mit weniger Ehrerbietung und unkritischem Respekt bedacht werden als wohl je zuvor. Die Regierungen und ihre Geheimnisse werden zunehmend dem demokratischen Blick ausgesetzt. Es gibt hartnäckige und häufig erfolgreiche Forderungen nach einer größeren Transparenz des Regierens und nach Verfassungsreformen, die die Politiker dem Volk gegenüber stärker zur Rechenschaft ziehen sollen. Leben wir also heute nicht doch in einem Zeitalter, das *demokratischer* ist als jeder »demokratische Augenblick« des dritten Viertels des 20. Jahrhunderts? Damals schenkten naive und ehrerbietige Wähler den Politikern in einer Weise Vertrauen und Respekt, die diese nicht verdient hatten. Was aus einer Perspektive als eine Manipulation der Meinungen durch die heutigen Politiker erscheinen mag, kann aus einer anderen Perspektive in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Politiker sich solche Sorgen um die Ansichten einer scharfsinnigen und vielschichtigen Wählerschaft machen, daß sie enorme Ressourcen aufbieten, um herauszufinden, was diese denkt, um dann darauf zu reagieren. Stellt es nicht einen Fortschritt an demokratischer Qualität dar, daß die Politiker heute stärker als früher darum besorgt sind, die

politische Agenda zu gestalten, und es dabei vorziehen, einen Großteil der Themen auf diesen Agenden aus den Ergebnissen der Marktforschung und der Meinungsumfragen abzuleiten?

Diese optimistische Sicht auf den aktuellen Zustand der Demokratie bekommt allerdings das grundlegende Problem der Gegenwart nicht in den Blick: die Macht der Wirtschaftseliten. Dieses Thema wird in den folgenden Kapiteln im Mittelpunkt stehen. Zusätzlich gibt es allerdings einen grundlegenden Unterschied zwischen zwei Konzepten des aktiven demokratischen Staatsbürgers, den man aus der skizzierten optimistischen Sichtweise nicht erkennt. Auf der einen Seite gibt es das positive Modell des Bürgerstatus, dem zufolge Gruppen und Organisationen kollektive Identitäten entwickeln, ihre Interessen und Forderungen selbständig artikulieren und an das politische System weiterleiten. Auf der anderen Seite steht der negative Aktivismus des Tadelns und Sich-Beschwerens, bei dem das Hauptziel der politischen Kontroverse darin besteht, zu sehen, wie Politiker zur Verantwortung gezogen werden, wie ihre Köpfe auf den Richtblock gelegt und ihre öffentliche und private Integrität peinlich genau überprüft wird. Diese beiden Konzepte der Rolle der Staatsbürger hängen eng mit zwei unterschiedlichen Interpretationen der Bürgerrechte zusammen. Die Vorstellung der positiven Rechte hebt die Fähigkeiten der Bürger, sich an ihrem Gemeinwesen zu beteiligen, hervor: das Recht, zu wählen, das Recht, Organisationen aufzubauen und ihnen beizutreten, das Recht, exakte Informationen zu erhalten. Negative Rechte sind diejenigen, die das Individuum gegen andere schützen, insbesondere gegen den Staat: das Recht, Anklage zu erheben, sowie die Eigentumsrechte.

Die Demokratie braucht beide Arten von Rechten, doch derzeit gewinnt das negative Modell die Oberhand. Das ist ein Anlaß zur Besorgnis, da offensichtlich gerade die positiven Staatsbürgerrechte die kreativen Energien dieses politischen

Systems ausmachen. Bei aller Aggressivität gegenüber der politischen Klasse hat das negative Modell der Staatsbürgerschaft mit dem beschriebenen liberalen bzw. negativen Konzept der Demokratie eines gemeinsam: die Idee, daß die Politik im wesentlichen eine Angelegenheit von Eliten sei, die von der wütenden Masse der Zuschauer mit Schimpf und Schande bedacht werden, wenn sie entdecken, daß etwas schiefgegangen ist. Jedesmal, wenn wir einen Fehler oder ein Mißgeschick bereits dann als behoben betrachten, wenn ein unglückseliger Minister oder Beamter zurücktreten muß, machen wir uns paradoxerweise mit einem Modell gemein, in dem die Politik allein als das Geschäft kleiner Gruppen elitärer Entscheidungsträger gilt.

Schließlich könnte man auch die Frage stellen, ob die Tendenz zu mehr Transparenz und Offenheit des Regierens einer kritischen Überprüfung standhält, oder ob es sich um ein oberflächliches Phänomen handelt. Auf den ersten Blick könnte man diese Entwicklung als den einzigen positiven Beitrag zum Zustand der Demokratie betrachten, den der Neoliberalismus im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts geleistet hat, doch all diese Maßnahmen werden gegenwärtig durch eine verstärkte staatliche Sicherheits- und Geheimhaltungspolitik konterkariert. Diese stehen in engem Zusammenhang zu einer ganzen Reihe tiefer greifender Veränderungen: In vielen Ländern hat es einen merklichen Anstieg der Kriminalität und Gewalt gegeben, in den reichen Teilen der Welt wachsen die Ängste vor Einwanderern aus armen Ländern und vor Fremden ganz allgemein. Diese Entwicklung erreichte ihren symbolischen Höhepunkt am 11. September 2001. Seit diesen Anschlägen haben Regierungen – in den USA und in Europa – neue Argumente an der Hand, mit denen sie eine Politik der Geheimhaltung rechtfertigen sowie die Ansprüche der Bürger, staatliche Aktivitäten unter die Lupe zu nehmen, zurückweisen können. Gleichzeitig erhielten die Staaten neue rechtliche Möglichkeiten, ihre Bevöl-

kerungen auszuspionieren und die oft gerade erst errungenen Rechte zum Schutz der Privatsphäre auszuhebeln. Man muß davon ausgehen, daß die Fortschritte, die in den achtziger und neunziger Jahren im Bereich der Transparenz des Regierens erzielt wurden, auf ganz ähnliche Weise rückgängig gemacht werden – mit Ausnahme derjenigen, die für die globale Finanzwirtschaft von besonderem Interesse sind.

Politische Beteiligung jenseits von Wahlen

Viele Argumente, die auf den ersten Blick gegen meine Behauptung sprechen mögen, die Demokratie würde immer schwächer, stammen aus der umtriebigen Sphäre der sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die in der letzten Zeit massiv an Bedeutung gewonnen haben. Sind das nicht die besten Beispiele für eine gesunde, positive Mentalität der Bürger? Es besteht die Gefahr, daß man sich zu sehr auf Parteipolitik und Wahlkämpfe konzentriert, und dabei übersieht, wie sich das kreative Engagement der Menschen immer stärker aus diesen engeren Arenen in jene weitere der Bürgerinitiativen und NGOs, kurz: der »guten Sachen« verlagert. Man könnte sagen, daß Organisationen für die Menschenrechte, die Obdachlosen, die dritte Welt, den Umweltschutz und viele andere Anliegen zu einer wesentlich reicheren Demokratie beitragen, da sie uns befähigen, einzelne Themen auszuwählen, während die Arbeit in einer Partei uns nötigt, ein komplettes Paket an Positionen zu übernehmen. Außerdem können wir dadurch auf einmal ganz andere Dinge in Angriff nehmen, als einfach nur Politiker zu wählen oder abzuwählen. Und moderne Kommunikationsmittel wie das Internet machen es einfacher und billiger, neue Interessengruppen zu organisieren und zu koordinieren.

Das ist ein sehr starkes Argument, und ich möchte es an